

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Jochen Haug, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/11957 –**

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Kulturelle Differenzen als mögliche Ursache von Integrationsproblemen bei Zuwanderern in Deutschland“

A. Problem

Die Fraktion der AfD ist der Ansicht, dass sich die Misserfolge der bisherigen Integrationspolitik auch in der Zunahme von Parallel- und Gegengesellschaften zeigten, in welchen Migranten abgeschottet von der Mehrheitsgesellschaft unter sich und dabei häufig unter offener Ablehnung des bürgerlich-freiheitlichen deutschen Rechtsstaates lebten.

Sie fordert den Deutschen Bundestag daher auf, gemäß § 56 GO-BT eine Enquete-Kommission „Kulturelle Differenzen als mögliche Ursache von Integrationsproblemen bei Zuwanderern in Deutschland“ einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/11957 abzulehnen.

Berlin, den 9. Oktober 2024

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Dr. Lars Castellucci
Stellvertretender Vorsitzender

Gülistan Yüksel
Berichterstatterin

Nina Warken
Berichterstatterin

Filiz Polat
Berichterstatterin

Stephan Thomae
Berichterstatter

Dr. Bernd Baumann
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Gülistan Yüksel, Nina Warken, Filiz Polat, Stephan Thomae, Dr. Bernd Baumann und Petra Pau

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/11957** wurde in der 178. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. Juni 2024 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend und an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung** hat in seiner 34. Sitzung am 3. Juli 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11957 empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 68. Sitzung am 25. September 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11957 empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 82. Sitzung am 25. September 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11957 empfohlen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 61. Sitzung am 25. September 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11957 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 20/11957 in seiner 88. Sitzung am 9. Oktober 2024 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Begründung

Die **Fraktion der AfD** argumentiert, dass laut Umfragen 80 Prozent und damit die Mehrheit der Bevölkerung hierzulande eine Masseneinwanderung aus dem Orient und Afrika ablehnten. Sie mache ihnen Angst. Dabei gehe es nicht um „die Ausländer“, sondern um Migranten aus ganz bestimmten Herkunftsgebieten mit häufig ganz anderen Frauen- und Männerbildern und einer höheren Gewaltbereitschaft. Auch wenn sich etliche Migranten aus jenen Herkunftsgebieten integrierten, dürfe man der Frage nach Integrationshemmnissen, die aus ganz bestimmten kulturellen Hintergrundmustern entstünden, nicht ausweichen. Auch der international angesehene Migrationsforscher Prof. Paul Collier der Universität Oxford resümiere, dass es erhebliche kulturelle Unterschiede gebe, die wichtige Aspekte des sozialen Verhaltens prägten. Migranten brächten ihre Kultur mit. Ihre Moral beruhe auf einer anderen Grundlage, die sich zum Beispiel in der Ehre von Clan oder Familie widerspiegele. Wissenschaftliche Fachleute des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen sagten, tradierte Verhaltensmuster aus den

Herkunftsgebieten der Tatverdächtigen würden in Deutschland weitergelebt. Kennzeichnend sei zum Beispiel eine niedrige Reaktionsschwelle im Rahmen der Gewaltanwendung zur Durchsetzung von Familieninteressen. Ein anderes Männerbild mit oft höherer Gewaltbereitschaft sei in Form von Übergriffen auf den Straßen, Schulen, Freibädern, Sportplätzen, gegen die Polizei und Rettungsdienste täglich sichtbar. Bei der Clan-Kriminalität sprächen Polizeixperten offiziell schon lange von „ethnisch-kultureller Kriminalität“. Dazu kämen andere kulturelle Frauenbilder, was Ehrenmorde, Zwangsehen, Vielehen, Kinderehen und Vergewaltigungen zeigten. Eine Enquete-Kommission sei der richtige Weg, all diesen Dingen besser auf den Grund zu gehen. Dabei sei besonders hervorzuheben, dass es nicht um eine kollektive Vorverurteilung gehen solle, denn das Individuum könne selbstverständlich immer anders sein. Aber es gehe um mögliche nachhaltige, kulturelle Hintergrundmuster, die besser in den Blick bekommen werden müssten. Sie werbe daher um Zustimmung zu dem Antrag.

Die **Koalitionsfraktionen** lehnen den Antrag ab. Integration sei ein großes und wichtiges Thema und zu Recht Gegenstand zahlreicher und intensiver politischer, gesellschaftlicher sowie wissenschaftlicher Diskussionen. So einseitig und verengt, wie mit dem Antrag könne der Thematik nicht begegnet werden. Allenfalls im letzten Punkt wirke es so, als wolle man auch nach Lösungsansätzen suchen. Diese müssten dann aber wiederum weiter gefasst werden. Selbst wenn man eine Enquete-Kommission für ein geeignetes Format hielte, bräuchte man zudem viel mehr Zeit, als in dieser Wahlperiode noch verbleibe, um sich dem Thema anzunähern. Außerdem müsse man es weiter aufspannen und auch die Arbeitsmigration mit in den Blick nehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betont, wie wichtig es wäre, sich mit dem Thema Integration und diesbezüglichen Missständen noch intensiver auseinanderzusetzen. Allerdings offenbare die Lektüre des Antrags schnell, dass der Antragstellerin nicht daran gelegen sei, sich konstruktiv auszutauschen und Lösungen zu finden, sondern sie darauf abziele, Vorverurteilung zu festigen und wie immer zu spalten. Eine Enquete-Kommission, die dazu diene, gemeinsam Lösungen für Probleme zu erarbeiten, könnte somit ihren Zweck gar nicht erfüllen. Den Antrag lehne sie daher ebenfalls ab.

Berlin, den 9. Oktober 2024

Gülstan Yüksel
Berichterstatlerin

Nina Warken
Berichterstatlerin

Filiz Polat
Berichterstatlerin

Stephan Thomae
Berichterstatler

Dr. Bernd Baumann
Berichterstatler

Petra Pau
Berichterstatlerin